

Prävention muss umfassend geplant werden

Immer wieder sorgen Jugendliche wegen Drogenkonsum, Alkoholmissbrauch und Gewalt für Schlagzeilen. Die Stiftung Radix unterstützt Gemeinden bei ihrer Präventionsarbeit, um potenzielle Probleme frühzeitig zu erkennen und entsprechende Gegenmassnahmen umzusetzen.

Das Schulhaus Weidteile in der Berner Gemeinde Nidau war gleich zweimal Schauplatz von Gewalttaten. Unbekannte hatten im April 2004 das Schulhaus und einen Lieferwagen mit Hakenkreuzen und Obszönitäten besprayt. Die andere Tat ereignete sich kurz vor Pfingsten 2005, als ein Mädchen aus der zehnten Klasse in der Nähe des Schulhauses von drei Mitschülern sexuell missbraucht wurde. Die mutmasslichen Täter im Alter von 15 und 16 Jahren wurden verhaftet. Die Vorfälle bewegten Suzanne Stolz Egger, Präsidentin der Nidauer Präventions- und Integrationskommission, eine Motion für vernetzte Prävention und Integration einzureichen. Um bestehende Angebote zu stärken, machte sich Stolz Egger stark für die Vernetzung der Institutionen, die in den Bereichen Gewaltprävention und Integration sozial auffälliger Kinder und Jugendlicher tätig sind. Einen weiteren Schritt tat Nidau, indem es sich 2006 dem Pilotprojekt «Hinschauen und Handeln» anschloss, das die Schweizerische Gesundheitsstiftung Radix im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit durchführte. Auf der Grundlage des Pilotprojekts wird Gemeinden schweizweit ein Programm angeboten, das sie bei der Entwicklung und Umsetzung einer kommunalen Strategie zur Frühintervention unterstützt.

Vernetzung der Massnahmen ist zentral

«Eine wirksame Prävention ist das Ergebnis der engen Zusammenarbeit der Gemeindeexekutive, der Verantwortlichen im Erziehungs- und Sozialbereich sowie des lokalen Gewerbes», sagt Christian Jordi, Leiter Bereich Gemeinden. Gemäss seinen Erfahrungen bewährt es sich, wenn die Exekutive die Entwicklung einer gemeindeeigenen Präventionspolitik beschliesst, einer Projektleitung den Auftrag zur Umsetzung erteilt und eine ständige

Kommission zur Koordination einsetzt. Ausserdem ist es wichtig, dass die Präventionsthematik ständig auf der politischen Agenda bleibt. Mögliche Mitglieder einer solchen Präventionskommission sind Vertreter der Sozialen Dienste und der lokalen beziehungsweise regionaler Fachstellen wie der Suchtpräventionsstelle. Der Wirtverein und der Detailhandel sollten ebenfalls vertreten sein, zudem Schulbehörde und Jugendarbeit, Eltern- sowie Sport- und Dorfvereine.

DVD als Information für Neuzuzüger

Für das Pilotprojekt spannte Radix mit fünf Gemeinden zusammen, die schon erste Präventionsanstrengungen unternommen hatten und die bereits über eine entspre-

chende Struktur verfügten, etwa über ein aktives Präventionsgremium. In der Pilotphase beteiligten sich Hombrechtikon und Bauma aus Zürich, Villars-sur-Glâne FR und die beiden Gemeinden St. Imier und Nidau aus dem Kanton Bern.

In Nidau ist besonders das Weidteile-Quartier belastet. Der Stadtteil grenzt an eine viel befahrene Autostrasse und kämpft mit Abgas- und Lärmemissionen. «Die Besserverdienenden sind weggezogen, das Quartier wird mehrheitlich von Arbeitslosen und Ausländern bewohnt», sagt Stolz Egger. Die hohe Fluktuation im Weidteile-Quartier erschwert die Präventionsarbeit: Konnte man eine Familie ins Boot holen, sei bald wieder eine neue eingezogen und die Arbeit beginne von vorn. Zudem sei es aus sprachlichen und kulturellen

Gründen schwierig, mit der Quartierbevölkerung zusammenzuarbeiten, da viele Hemmungen hätten, mit Behördenvertretern zu sprechen. Auch die ausländischen Kinder vieler verschiedener Ethnien haben Schwierigkeiten, miteinander zu kommunizieren.

Den Problemen will die Stadt begegnen, indem sie gemeinsam mit Fachleuten eine Strategie zur Präventionspolitik entwirft. So existieren Angebote wie zum Beispiel die Sprachkurse mit Kinderbetreuung, die sehr gut frequentiert werden – bisher allerdings vor allem von Frauen. Einbürgerungswillige können beim Verein InterNido Kurse absolvieren, in denen sie ins politische, wirtschaftliche und soziale System der Schweiz eingeführt werden. Der Mittagstisch für Schulkinder im Weidteile-Quartier deckt bereits seit zehn Jahren eine Nachfrage nach gesunder Ernährung und Betreuung der Kinder ausserhalb der Familie ab. Zusätzlich soll sich die Bevölkerung via Amtsanzeiger und Internet über Freizeitaktivitäten und Fachstellen für Jugendliche informieren



Eine Basler Kampagne fordert: Jugendliche sollen lernen, nein zu sagen. (Quelle: www.arip.ch)

können. Schulabgängern, die den Sprung ins Erwerbsleben nicht reibungslos schaffen, soll ein Coach an die Seite gestellt werden, damit ihre erste Erfahrung ausserhalb der Schule nicht der Kontakt mit den sozialen Diensten ist. Und um Zuzüger einen Einblick in ihre neue Stadt zu geben, will Nidau eine DVD produzieren, auf der Kurzfilme zeigen, wie etwa die Abfallentsorgung funktioniert oder wo der Psychologische Dienst und der Mädchentreff WIRO zu finden sind.

Frühintervention an den Schulen

Das Hauptziel des Projekts «Hinschauen und Handeln» ist es, Behörden darin zu unterstützen, ein Management zur Frühintervention aufzubauen. Dabei ist wichtig, die verschiedenen Akteure wie Lehrpersonen und Beratungsstellen, aber auch Sportvereine und die Polizei miteinander zu vernetzen. Dies soll eine frühzeitige Intervention ermöglichen, falls Jugendliche sich in eine ungünstige Richtung entwickeln: Fällt einem Lehrer ein Jugendlicher auf, nimmt er Kontakt mit der Schulleitung und der Schulsozialarbeiterin, gegebenenfalls auch mit den Eltern und der Polizei auf. Eine enge Zusammenarbeit entlastet die Lehrpersonen und verkürzt die Informationswege. So kann gehandelt werden, wenn der Problemdruck noch klein und die Handlungsmöglichkeiten vielfältig sind.



Zigaretten, Bier und Gewalt: Prävention soll ganzheitlich angegangen werden.

(Bild: Pixelio)

Für die Aufgabe der Frühintervention wird die momentane Einführung von Schulleitungen im Kanton Zürich eine wichtige Stütze sein. Nach dem Volksschulgesetz ist ein Schulleiter erst ab 2008 Pflicht, bis-

her müssen viele Schulen, so auch jene in Bauma, ohne Leiter auskommen. «Durch war die Umsetzung der Frühinterventionsstrategie im Bereich Schule auf das Engagement von einzelnen Lehrpersonen zentriert», sagt Dominique Dieth von der Suchtpräventionsstelle Zürich Oberland, der Bauma während des Pilotprojekts beraten hat. Wenn einzelne Schüler negativ auffallen, ist man bis heute auf engagierte Lehrkräfte angewiesen, die sich mit den entsprechenden Fachstellen in Verbindung setzen. «In Zukunft sollen Lehrpersonen, Schulleitung und Schulsozialarbeiter eng kooperieren», so Dieth.

Schwierigkeiten bei der Umsetzung

Dass sich eine Präventionspolitik nicht von heute auf morgen etablieren lässt, weiss auch Enrico Zoppelli von der Suchtpräventionsstelle Samowar in Meilen. Der Präventionsfachmann setzte das Pilotprojekt «Hinschauen und Handeln» zusammen mit der Gemeinde Hombrechtikon um. «Es benötigt viel Energie, damit Politiker Themen wie Gewalt und Drogenkonsum in ihrer Agenda behalten. Das sind nicht gerade die Favoriten.» Inzwischen stiessen die Bemühungen bei der Bevölkerung auf eine breite Akzeptanz, da die geleistete Arbeit geschätzt werde. Eine weitere Problemstellung ergibt sich aus den unterschiedlichen Interessen von Politikern und Kleingewerbevertretern. Wenn die Politik mit Präventionskampagnen beginne, melde sich schon bald das Gewerbe, hat Zoppelli erfahren. «Tankstellenshops, Kioske und Wirte fühlen sich schnell benachteiligt, wenn die Massnahmen ihrer Meinung nach zu hart ausfallen.»

Grundsätzlich seien aber alle daran interessiert, dass die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich des Alkoholverkaufs eingehalten werden. Alkohol spielt auch in Hombrechtikon immer wieder eine Rolle. Gibt es Probleme mit einigen 14- bis 18-Jährigen, ist meist Alkohol im Spiel. Um rasch eingreifen zu können, arbeiten die Ressorts koordiniert zusammen, ausserdem hat sich die kommunale Jugendarbeit mit der lokalen Verbandsjugendarbeit vernetzt. Dennoch wurde im Verlauf des Projekts ebenfalls klar, dass noch immer Ressourcen fehlen. Um die angefangenen Anstrengungen weiterzuführen, hat Hombrechtikon eine Unterstützung von 5000 Franken bis zum Herbst 2008 bewilligt. Verglichen mit den Kosten, die auf eine Gemeinde zukommen, wenn eine Situation eskaliert, ist das ein kleiner Betrag, weiss Zoppelli: «Jede Heimplatzierung, die verhindert werden kann, spart mehr als 100 000 Franken.»

Samuel Berger und Annett Altvater

Gemeinden gegen Alkoholmissbrauch

Missbräuchlicher Alkoholkonsum schadet nicht nur denjenigen, die trinken. Auch die Gemeinden haben mit den Folgen wie Vandalismus, Lärmbelästigung und Littering zu kämpfen. Radix lancierte daher im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit das Projekt «Die Gemeinden handeln!», das Gemeindepolitiker und -behörden bei der Entwicklung einer lokalen Alkoholpolitik unterstützt. Beispielsweise erarbeitet der Kanton Zug gemeinsam mit seinen Gemeinden eine Alkoholpräventionsstrategie. Diese Strategie beruht auf der Überzeugung, dass die Gemeinden selbst jene Rahmenbedingungen steuern können, die den Alkoholmissbrauch Jugendlicher beeinflussen. Wie eine umfassende kommunale Alkoholprävention etabliert wird, zeigt der «Leitfaden für eine Alkoholpolitik in Ihrer Gemeinde», den Radix im Auftrag des Gesundheitsamts des Kantons Zug und der Eidgenössischen Alkoholverwaltung im Oktober 2007 herausgegeben hat. Die Broschüre will nicht en détail zeigen, wie eine Alkoholpolitik auszusehen hat, sondern beschreibt unter anderem die Schritte zur Alkoholpolitik vom Agendasetting bis zur Auswertung des Projekts. Ausserdem beschreibt der Leitfaden, wie Prävention umgesetzt werden kann: Neben der Einhaltung von Jugendschutzbestimmungen in Gastronomie und Detailhandel soll die Zusammenarbeit mit den Eltern, der Schule, mit Vereinen und Festveranstaltern helfen, dem Alkoholmissbrauch vorzubeugen. Und schliesslich lohnt es sich auch, die Jugendlichen in die Gestaltung ihrer Treffpunkte im öffentlichen Raum einzubeziehen. Die Autoren weisen darauf hin, dass für eine nachhaltige Alkoholprävention politisch breit abgestützte Lösungen und eine hohe Verbindlichkeit von Massnahmen erforderlich sind.

Radix ist das Schweizer Kompetenzzentrum für Gesundheitsförderung und Prävention in Gemeinden und Schulen. Behörden und Fachleute erhalten bei der Stiftung schweizweit professionellen Support bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten. Radix hat Zweigstellen in Bern, Lausanne, Lugano, Luzern und Zürich: www.radix.ch.